

Problem einer ganzen Generation

TERRORISMUS Experte Peter Neumann hilft Staaten, mit der Gefahr richtig umzugehen

Armand Back

Europa steht vor einer neuen Terrorwelle, die uns noch eine Generation beschäftigen wird. Das ist eine der Thesen von Peter Neumann. Wir unterhielten uns mit dem Experten für islamistischen Terror, der Anfang 2017 zum Terror-Sonderbeauftragten der OSZE ernannt wurde, über Rückkehrer, Gefährder, Deradikalisierungsversuche und staatliche Repression.



Tageblatt: Sie warnen vor einer drohenden neuen Terrorwelle. Was meinen Sie damit?

Peter Neumann: Als Resultat des Syrien-Konflikts und des Aufstiegs des IS hat sich in den letzten fünf Jahren eine neue Generation von Menschen radikalisiert. Meine Parallele ist der Afghanistan-Konflikt in den 1980ern. Als der zu Ende war, haben sich jene, die sich dort radikalisiert haben, gefragt: Was jetzt? In den darauffolgenden 20 Jahren sind sie in anderen Konflikten aufgetaucht, und einige von ihnen haben sich zu einem Netzwerk zusammengeslossen: Al-Kaida. Die Anschläge vom 11. September 2001 können Sie letztlich ideologisch und auch personell bis ins Afghanistan der 1980er zurückverfolgen. Selbst wenn der Konflikt in Syrien morgen endet, haben wir trotzdem 30.000 Menschen aus aller Welt, die sich dort vernetzt haben und die nach wie vor an die Ideen glauben. Einige werden sicher in anderen Konflikten wieder auftauchen und einige werden in ihre Heimatländer zurückkehren und zu Terroristen werden. Man darf also nicht glauben, dass es bald vorbei ist. Das ist eine ganze Generation, die sich vernetzt und radikalisiert hat.

In einigen europäischen Staaten wird über „vorbeugende Maßnahmen“ diskutiert, um sich vor sogenannten Gefährdern zu schützen, also Menschen, von denen man annimmt, sie sind gefährlich, die aber noch keine Straftat begangen haben. Das reicht von der Fußfessel bis zur Vernetzung privater Videoüberwachung. Ist das sinnvoll?

Es ist schon richtig, dass der Staat sagt: Wir brauchen ein Instrumentarium von Maßnahmen, die sich in manchen Fällen anwenden lassen. Doch wie geht man mit diesen mit Leuten um, das ist die Problematik: Es geht nicht um die Fußfessel an sich, sondern darum, dass es eben diese sogenannten Gefährder gibt, die in der salafistischen oder dschihadistischen Szene sind und sich möglicherweise dafür interessieren, Anschläge durchzuführen – aber noch nichts getan haben. Was ist die Schwelle dafür, dass man solche Maßnahmen setzen kann? Da gibt es in praktisch jeder europäischen Gesellschaft eine Diskussion darüber. Wenn einer Anschlagpläne macht, wenn einer versucht, sich Waffen zu besorgen, wie das bei dem Berlin-Attentäter Anis Amri der Fall war, da kann der Rechtsstaat schon sagen: Das ist der Punkt, an dem wir 24 Stunden am Tag beobachten und oder Maßnahmen ergreifen wie Fußfessel, Hausarrest und so weiter, die dann sinnvoll sein können. Trotzdem bleibt die Frage, wo man diese Schwelle setzt.

Wie könnten Europas Staaten der Terrorgefahr langfristig entgegenwirken?

Es geht darum, systematisch Präventionsmaßnahmen zu setzen. Es war ein Denkfehler, dass Terrorismusverhinderung nur die Sache von Leuten in Uniform ist. Die Polizei spielt hier die Rolle der Feuerwehr. Doch wenn es ständig brennt, dann muss man sich Gedanken darüber machen, wieso es immer brennt und was wir im Bereich Brandschutz tun können, damit die Feuerwehr nicht ständig ausrücken muss. Da geht es natürlich auch um Integration. Dass man den Menschen sagt: Das ist unser Gesellschaftsmodell und das sind die Prinzipien, an die ihr euch halten müsst. Dazu gehört auf der anderen Seite, dass man jene, die sich daran halten, als Teil der Gesellschaft willkommen heißt. Speziell in Westeuropa, etwa in Frankreich und Belgien, gibt es Parallelgesellschaften von Kindern und Kindeskindern jener Migranten, die vor 60 Jahren nach Europa gekommen sind. Diese Menschen sind immer noch nicht in der europäischen Gesellschaft angekommen. Wenn dann Rekrutierer kommen und sagen, der Westen führt einen Krieg gegen den Islam, die französische Gesellschaft ist gegen euch, dann findet das Resonanz, weil es dem Lebensgefühl dieser Menschen entspricht. Deshalb muss man dafür sorgen, dass diese Menschen integriert werden. Wenn sie vor dem Abrutschen in die Radikalisierung sind und sich in extremen Milieus bewegen, muss es Institutionen geben, die das abfangen können. Das können Sozialarbeiter sein, man kann mit Eltern arbeiten, das kann in der Schule sein; es gibt ein ganzes Spektrum von Aktivitäten, die sich eignen, um präventiv aktiv zu werden. Ebenso wichtig sind Interventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen, an die sich Eltern oder selbst Betroffene wenden können, um anderen zu helfen, aus dieser Szene wieder herauszukommen.

Manche sagen, dass Deradikalisierung gar nichts bringt. So meint etwa der Journalist David Thomson, der jahrelang mit Rückkehrern gesprochen hat, dass sich nur ein Bruchteil von ihnen vom Dschihad abgewendet hat und davon kein einziger aufgrund von Deradikalisierungsprogrammen.

Es ist sicher richtig, dass Deradikalisierung nicht in allen Fällen funktioniert. Das ist, wie auch die Fußfessel, kein Allheilmittel. Man kann sich das nicht so vorstellen, dass man hypnotisiert wird und dann als liberaler Demokrat wieder herauskommt – so funktioniert das nicht. Deradikalisierung funktioniert nur dann, wenn die Person schon Zweifel und Fragen hat. Das ist wie mit dem Rauchen aufzuhören: Es geht nur dann, wenn man es wirklich selbst will. Will man diesen Weg gehen, ist es wichtig, dass man Hilfe bekommt, dass es Programme gibt, die zum Erfolg verhelfen. Wir wissen etwa, dass es einige Menschen gibt, die aus Syrien zurückkommen, sich zwar nicht vollkommen abgewendet haben, aber die Legitimität des Islamischen Staates anzweifeln. Weil das, was sie dort gesehen haben, nicht dem entspricht, was ihnen versprochen wurde. Diese Zweifel kann man verstärken. Einige wollen auch aus der Szene heraus, da kann man dann konkrete Angebote machen. Bei Deradikalisierung geht es ja nicht nur um die Rückkehrer, sondern auch um Leute, die Gefahr laufen, in diese Szene abzurutschen. Es gibt viele Beispiele von Jugendlichen, 14- oder 15-Jährigen, die aus einer totalen Naivität heraus in diese Szene gerutscht sind und durch verschiedene Ansätze der Deradikalisierung wieder herausgeholt wurden.



Deradikalisierung funktioniert nur dann, wenn die Person schon Zweifel und Fragen hat. Das ist wie mit dem Rauchen aufzuhören: Es geht nur dann, wenn man es wirklich selbst will.



Man darf nicht glauben, dass der Terror in Europa bald vorbei ist. Das ist eine ganze Generation, die sich vernetzt und radikalisiert hat.

Sie plädieren auch dafür, dass Staaten zwischen verschiedenen Arten von Rückkehrern unterscheiden sollten.

Ein Staat muss ein Instrumentarium entwickeln, damit er unterscheiden kann zwischen gefährlichen Rückkehrern, desillusionierten Rückkehrern und jenen, die möglicherweise nicht ideologisch gehandelt haben, aber dermaßen brutalisiert sind, dass sie trotzdem eine Gefahr für die Gesellschaft darstellen. Für jede dieser Gruppen muss es ein anderes Angebot geben. Für die Desillusionierten sind möglicherweise Deradikalisierung und Integration eine Möglichkeit. Die Gefährlichen müssen ins Gefängnis und die Brutalisierten möglicherweise auch – aber mit intensiver psychologischer Betreuung. Genau deswegen, weil die Kapazität auch von größeren Staaten nicht ausreicht, um diese Leute alle ins Gefängnis zu stecken und rund um die Uhr zu beobachten, muss es diese anderen Angebote geben. Sind nur 20 Prozent desillusioniert, bedeutet das, dass man mit ihnen anders umgehen kann und sich die Polizei nicht auch noch intensiv um die kümmern muss. Das ist gerade für kleinere Staaten wie Belgien und Österreich wichtig, weil hier die Kapazität der Sicherheitsbehörden nicht ausreicht. In Deutschland hat der Bundesgeneralanwalt 500 Verfahren eröffnet gegen Syrienkämpfer. Wenn die jetzt wirklich alle zurückkommen, ist es schlicht unmöglich, sie alle ins Gefängnis zu stecken. Und noch ein Punkt: Das deutsche Bundeskriminalamt hat eine Studie über deutsche Syrien-Kämpfer veröffentlicht. Darin steht, dass zwischen 20 und 25 Prozent der Rückkehrer mit den Behörden kooperieren. Sie helfen ihnen damit. Im November wurde ein wichtiger Rekrutierer des IS verhaftet. Mit der Hilfe eines Rückkehrers, der ihn belastet hatte. Es geht also nicht darum, alle zu verhaften. Es gibt auch Möglichkeiten, einige positiv einzubinden.

Sie haben die Gefängnisse angesprochen: Dort werden viele erst radikalisiert, in Frankreich und Belgien war das der Fall. Gibt es hier sinnvolle Gegenmaßnahmen?

Seit vielen Jahren, aber jetzt mehr als zuvor, sind Gefängnisse Orte, an denen sich viele radikalisieren und kriminelle und dschihadistische Milieus zusammenkommen und sich vernetzen. Hier gibt es drei zentrale Forderungen: Fast alle Fälle von Gefängnisradikalisierung, etwa in Frankreich, haben in überlasteten und sehr chaotischen Gefängnissen stattgefunden, wo die Gefängnisleitung die Kontrolle verloren hatte. Deshalb ist es wichtig, hier Maßnahmen für einen guten Strafvollzug zu ergreifen. Zweitens ist es wichtig, dass muslimische Gefangene Zugang zu muslimischen Seelsorgern haben, die nicht extremistisch sind. Wo das nicht existiert, gab es oft Extremisten, die die Hand hochgehalten und gesagt haben: Ich bin euer Anführer. Der dritte Punkt ist, dass man Gefängniswärter trainieren muss, damit sie erkennen, wann Radikalisierung stattfindet. Damit sie unterscheiden können zwischen Radikalisierung und einem einfachen Übertritt zum Islam. In Frankreich gibt es hier riesige Defizite. Wegen eines falsch verstandenen Laizismus gibt es praktisch keine muslimischen Seelsorger in Gefängnissen. Damit wollte man nichts zu tun haben. Deshalb gibt es bei einer muslimischen Gefängnisbevölkerung von 60 Prozent in Frankreich praktisch keine Seelsorger, die nicht extremistisch sind. Das ist ein Riesenproblem.

Bei allen Fehlern, die den Behörden im Zusammenhang mit den letzten Anschlägen passiert sind, stellt sich die Frage: Wie gut funktionieren unsere Geheimdienste? Was empfehlen Sie hier?

Ich war am Dienstag in Berlin beim Europäischen Polizeikongress, da haben alle zugestimmt: Wir brauchen bessere Kooperation. Es muss aber auch gemacht werden! Und da das ein politisches Problem ist, muss die Lösung von der politischen Führung kommen. Denn nur die kann die Hindernisse überwinden. Es ist ein Skandal, dass es in Europa nach wie vor keine zentrale Datei gibt, wo jedes Land seine Terrorgefährder meldet. Das führt dazu, dass etwa ein Belgier, der in Belgien als gefährlicher Dschihadist bekannt ist und aus Syrien zurückkommend über Frankreich nach Europa einreist, gute Chancen hat, dass die französischen Behörden seinen Namen nicht kennen. Das ist natürlich ein Problem. Wir haben die Reisefreiheit in Europa, und das ist schön. Aber die Konsequenz daraus ist, dass man dafür sorgen muss, dass die Sicherheitsbehörden miteinander kooperieren. Und das findet nach wie vor nicht statt. Wenn man den Bürgern zeigen würde, was da für Defizite existieren, würden viele das wohl als Skandal empfinden.

Der IS verliert in Syrien und im Irak stetig an Terrain. Was bedeutet ein militärischer Sieg über den IS im Nahen Osten für Europa?

Was den Terrorismus in Europa betrifft, wird das kurzfristig keinen positiven Effekt haben. Ganz im Gegenteil. Wir wissen, dass der IS seine Anhänger im Westen dazu aufruft, nicht mehr nach Syrien zu kommen, sondern Anschläge in Europa zu verüben. Im Kerngebiet in Syrien und im Irak wird der IS wieder das werden, was er vor zehn Jahren war: Eine Untergrundorganisation, die terroristische Anschläge verübt und auf eine Situation wartet, in der sie wieder als Territorialeinheit zurückkehren kann. Mittel- und langfristig ist es natürlich absolut richtig, dieses Kerngebiet zu zerstören. Denn der IS ist speziell für seine europäischen Anhänger dadurch so attraktiv, da er so mächtig und stark war und diese Utopie des Kalifats transportiert hat: Wir schaffen hier eine perfekte islamische Gesellschaft. Es ist nun offensichtlich, dass ihm das nicht gelungen ist und dieses geplante tausendjährige Reich nach zwei Jahren schon wieder zerstört ist. Anhänger des IS, die wir im Internet beobachten, haben schon Zweifel: Wie kann es sein, dass dieses Kalifat so schnell gescheitert ist? Vielleicht ist es ja gar nicht das richtige Kalifat, der richtige islamische Staat. Das sind nach wie vor Dschihadisten, sie glauben aber nicht mehr an den IS. Das beraubt den IS seiner Legitimität und seiner Marke, die er viele Jahre lang gebildet hat. Das beraubt ihn auch der Möglichkeit, Leute auszubilden, zu trainieren und terroristische Anschläge zu planen.

Zur Person

Peter Neumann (*1974) ist seit 2008 Direktor des „International Centre for the Study of Radicalisation“ am Londoner King's College. Er gilt als Experte für islamistischen Terror. Neumann wertete für seine Forschung die Facebook-, Twitter- und Instagram-Profile von Briten aus,

die als Dschihadisten in Syrien und dem Irak kämpften. So sammelte er einen Datensatz mit 700 europäischen Dschihadisten, von denen 85 Prozent für den „Islamischen Staat“ kämpften. Neumann wurde Anfang 2017 zum Terror-Sonderbeauftragten der OSZE ernannt.

